



# HESSISCHER LANDTAG

27. 11. 2009

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Siebel (SPD) vom 06.10.2009**

**betreffend Jobtickets in Hessen**

**und**

**Antwort**

**des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung**

Die Kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern und für Sport wie folgt:

Frage 1. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den Verkehrsverbänden in Hessen in Bezug auf die Einführung eines Jobtickets in Hessen?

Nach ersten Gesprächen zwischen Vertretern meines Hauses und den Verkehrsverbänden RMV, NVV und VRN haben alle Ressorts die potenziellen Verkehrsverbindungen (Wohnorte-Arbeitsorte) innerhalb ihrer Geschäftsbe-  
reiche als Datengrundlage für weitere Verhandlungen erhoben. Da es sich um rund 140.000 Beschäftigte handelt, verursachte dies einen erheblichen Zeitaufwand. Das Zahlenmaterial wurde den Verbänden zur Verfügung gestellt und nach mehrfachen Sondierungsgesprächen haben diese zwei Vari-  
anten von Jobtickets erarbeitet, die Gegenstand weiterer Diskussionen mit ihnen sein werden.

Frage 2. Wann ist mit einem Abschluss zu rechnen?

Eine verbindliche Aussage, wann die Diskussionen mit den Verbänden ab-  
geschlossen sein werden, kann derzeit nicht getroffen werden.

Frage 3. Welche Modelle für ein Jobticket für die Landesbediensteten wurden seitens der Landesregierung entwickelt?

Die Verkehrsverbände haben zwei verschiedene Modelle für ein Jobticket entwickelt und zwar ein sogenanntes Solidarmodell und ein sogenanntes Rabattmodell.

Bei dem Solidarmodell wird dem Land Hessen die Möglichkeit angeboten, allen Landesbediensteten besondere personenbezogene Verbundzeitkarten für die Relation Wohnort-Dienstort auszustellen.

Bei dem Rabattmodell wird allen Landesbediensteten die Möglichkeit ange-  
boten, um bis zu 30 v.H. rabattierte reguläre Verbundzeitkarten zu erwerben.

Frage 4. Welche Möglichkeiten gibt es für die einzelnen Einrichtungen, eigenständig ein Jobticket zu verhandeln?

Das Land ist nachhaltig bestrebt, ein Jobticketangebot für die Bediensteten aller Einrichtungen zu erarbeiten. Den einzelnen Einrichtungen ist es zwar unbenommen, eigenständig ein Jobticket zu verhandeln; im Interesse eines höheren geldlichen Vorteils für alle Landesbediensteten ist es jedoch das Ziel der Landesregierung, eine landeseinheitliche Lösung zu finden.

Wiesbaden, 25. November 2009

In Vertretung:  
**Steffen Saebisch**